

Neue Westfälische vom
09.12.2016, S. 5

Laschet schweigt zu Doppelpass-Beschluss

Doppelte Staatsangehörigkeit: Delegierte aus NRW
kritisieren Rechtsschwenk der Partei

Von Florian Pfitzner

■ **Düsseldorf.** Die Gegenrede hält nach dem Bundesparteitag in Essen nicht der Vorsitzende des mitgliederstärksten CDU-Landesverbandes, der ehemalige nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet, sondern Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier. Die Absage an die doppelte Staatsbürgerschaft sei falsch, sagte der CDU-Politiker. Es ergebe „keinen Sinn, in der Frage alle drei Jahre eine neue Regelung zu vertreten“.

In der Geschäftsstelle der NRW-CDU hat man es hingegen vorgezogen zu schweigen. Zwar lehnt Laschet den Beschluss ab, dem Vernehmen nach möchte der CDU-Bundesvize das Thema aber nicht weiter aufblasen.

Vorsichtig äußert sich der Chef der ostwestfälisch-lippischen CDU, Ralph Brinkhaus. Da die Entscheidung knapp gewesen sei, will der Bundestagsabgeordnete aus dem Kreis Gütersloh nicht von einem Rechtsruck seiner Partei sprechen. Die doppelte Staatsbürgerschaft sei „keine Frage von rechts oder links“, sagt Brinkhaus, „sondern eine ganz praktische: Unterstützt oder schädigt sie die Integration?“

Geht es nach der CDU, sollen sich „Menschen mit Zuwanderungsgeschichte klar für oder gegen die deutsche Staatsangehörigkeit entscheiden“. Im Wortlaut des Beschlusses, der einem Antrag der Jungen Union folgt, spricht sich die CDU „für die Abschaffung der Befreiung von der Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder von ausländischen Eltern“ aus.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion André Kuper (Rietberg) hat gegen den Beschluss gestimmt. Wie viel Symbolik am Ende in ihm steckt? „Viele von uns finden es gut, wenn Deutsche im Ausland ihre deutsche Staatsangehörigkeit behalten dürfen“, sagt Kuper. Umgekehrt sähen das viele, schön wegen der Lage in der Türkei, anders - obwohl we-

niger als ein Fünftel der türkischstämmigen Menschen in Deutschland zwei Pässe hätten, erklärt der Sprecher der CDU-Landtagsabgeordneten aus Ostwestfalen-Lippe. „Fakten und Gefühl driften also weit auseinander.“

Die Mindener Landtagsabgeordnete Kirstin Korte versucht, dem Beschluss etwas Gutes abzugewinnen. Immerhin habe er gezeigt, dass die CDU „eine lebendige Volkspartei“ sei. Sie scheue sich nicht, „unterschiedliche Auffassungen vor der breiten Öffentlichkeit eines Bundesparteitages mit Hingabe zu diskutieren“.

Allerdings macht auch Korte, die auf der Delegiertenversammlung in Mönchengladbach mit 98,2 Prozent das beste Ergebnis unter den ersten zehn Plätzen der Landesliste zur NRW-Wahl im Mai erzielt hat, keinen Hehl aus ihrer Ablehnung des Doppelpass-Beschlusses. „Es gibt dringendere Probleme.“

Aus Kupers Sicht ist die Sache ohnehin „rein theoretisch“, da zu einer Änderung eine Mehrheit im Bundestag fehlt. „SPD, Grüne oder die Linken machen da nicht mit.“



Oppositionsführer: CDU-Landeschef Armin Laschet. FOTO: DPA



CDU-Kreischefin: Kirstin Korte aus Minden. FOTO: ANDREAS ZÖBE

Aachener Nachrichten vom
09.12.2016, S. 10

Rot-grüne Geschenke

FDP greift NRW-Haushaltsplanung scharf an

Düsseldorf. Zur Konsolidierung des Landeshaushalts will die FDP im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen wieder Studiengebühren einführen und zugleich die Gebührenfreiheit für das letzte Kindergartenjahr abschaffen. Zudem sollten die Landeszuschüsse zum Sozialticket für einkommensschwache Bus- und Bahnfahrpassagiere gestrichen werden, kündigte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Ralf Witzel gestern an. Diese „Wahlgeschenke“ von SPD und Grünen kosteten den Steuerzahler pro Jahr etwa eine halbe Milliarde Euro und seien die drei größten Posten „rot-grüner Umverteilung“. Mit der FDP als möglichem Regierungspartner sei dies nicht mehr zu machen. Die FDP strebte nach der Wahl einen „zentralen Politikwechsel“ für NRW an.

Dabei schloss der FDP-Fraktionsvize eine von CDU-Oppositionsführer Armin Laschet offenkundig favorisierte Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und FDP zwar nicht aus. Allerdings betonte er, dass sich für einen solchen Fall

aufgrund der gegensätzlichen Politik zu den Grünen „Plausibilitätsfragen“ aufdrängen würden. Eine Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und Liberalen in NRW hatte zuvor FDP-Parteichef Christian Lindner bereits definitiv ausgeschlossen.

Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) sei „das größte Haushaltsrisiko auf zwei Beinen“, sagte Witzel. Die seit seinem Regierungsantritt 2010 geschaffenen zusätzlichen 300 Stellen in seinem Ministerium müssten abgeschafft werden. Mit seinem Apparat verzettelte sich Remmel in „Bürokratisierung und Reglementierung“.

Scharfe Kritik übte Witzel auch an NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD), der die Öffentlichkeit mit „Schattenhaushalten und Verschiebeparkplätzen“ über das wahre Ausmaß der Landesverschuldung täusche. Die FDP legte für das Haushaltsjahr 2017 eine Einsparliste mit 72 Einzelpositionen und einem Volumen von rund einer Milliarde Euro vor. Dabei sollen jedes Jahr zwei Prozent der Stellen in den Ministerien und Landesbehörden ersatzlos gestrichen werden. (jn)